

Zeitung

Zweihundfünfzigster Jahrgang.

Halle, Mittwoch, den 9. Oktober.

1918.

Bezugspreise
Die Halle monatlich bei postalischem
Bestellung 1.40 Mark, vierteljährlich
4.20 Mark, durch die Post 4.50 Mark
ausgeschlossen. Zustellungsgebühren. Be-
stellungen werden von allen Reichs-
postämtern angenommen. Im
ausländischen Zeitungsgeschäft unter
Bezug auf den Posttarif Nr. 1142,
der Anzeigen-Abteilung Nr. 1142,
der Anzeigen-Abteilung Nr. 1133;
Postfach-Konto Leipzig Nr. 4600.

Anzeigen
werd. A. Tagespost. 33mm Bre. Kolon-
nellen oder deren Raum mit 40 Pf.
berechnet u. in unseren Annahmeh-
stellen u. allen Anzeigenstellen
angenommen. Reklamen die 22 mm
breite Zeile 1.25 Mk. Anzeigen-
annahmeplatz vorm. 11 Uhr,
für die Sonntags-Dr. abends
6 Uhr. Adressen, soweit zu-
lässig, müssen schriftlich erfolgen.
Erläuterung: Halle. Erstaus-
gabe 1.20 Mk., Sonntags 1.00 Mk. Schrift-
leit. u. Haupt-Verlagsstelle: Halle,
Rosa Dromade 1a, Dr. Braun-
haus 17. Neben-Verlagsstelle:
Markt 24 und Große Straße 52.

Nr. 473.

Neue schwere Kämpfe bei Cambrai.

Allerorten Friedensbesprechungen, aber keine Friedensverhandlungen. — Ein Wort des Kaisers über die Lage.

Deutscher Abendbericht.

WTB. Berlin, 8. Oktober, abends. (Amstsch.)
Zwischen Cambrai und St. Quentin, in der
Champagne und an der Maas haben sich neue schwere Kämpfe
entwickelt. Südlich von Cambrai und nördlich von St. Quen-
tin wurde der feindliche Angriff abgewiesen. In der Mitte
des Schlachtfeldes gewann er Boden. Hier standen wir am
Abend im Kampf weithin behauptet und entlang der von
Schlain auf Cambrai und St. Quentin führenden Straßen.
In der Champagne und an der Maas sind die An-
griffe des Feindes gescheitert.

Wiener Bericht.

WTB. Wien, 8. Oktober. Amstsch. wird verlautbart:
Italienischer Kriegsausflug.
An der Triester Südbahn war gestern die Tätig-
keit der feindlichen Batterien außerordentlich lebhaft. In-
tensivschüsse wurden im Reime erklärt.
Ballantreisschlag.
Die in den allerletzten Grenzgebieten vorge-
schobenen Stellungstruppen wurden unter heftigen Verjäger-
ungsläufen auf Besatzung zurückgenommen.
Der Rückmarsch des Generalleutnants Freiherrn von
Pflaumer-Balkin geht ohne jeglichen Schaden durch
den Gegner vor sich. Die von den Italienern als Siege ge-
feierten Kämpfe sind lediglich Gefechte vor zurückgelassenen
schwachen Nachhut.

Der Chef des Generalstabes.

Der Kaiser über den Ernst der Stunde.

Gott schenke uns etwas von dem Geiste der
Freiheitskriege!
Saarbrücken, 8. Okt. (Eigene Drahtnachricht.) Der
Kaiser, 78. wird von hier gemeldet: Auf ein Telegramm
der süddeutschen Industrie-Vereinigung
sowie der Handelskammer Saarbrücken ant-
wortete der Kaiser:

Herzlichen Dank für das Götterbild zuversichtlichen
Vertrauens der Handelskammer und der Wirtschaftsausschüsse
des Saarbrücker Gebietes. Die Stunde ist
ernst. Wir kämpfen für die Zukunft unseres Vater-
landes und unserer Heimat. Dazu brauchen wir
die gekostete Kraft Deutschlands, auf deren
Zusammenfassung unsere Unüberwindlichkeit beruht.
Der Verteidigungswille muß alle Anstrengungen und
Sonderwünsche zu einer großen Einheit der Auffassung
verschmelzen. Gott schenke uns etwas von dem Geiste
der Freiheitskriege!

Aus dem österreichischen Abgeordneten- haufe.

Die Note der Mittelmächte.
Wien, 8. Okt. (Privattelegramm.) In der heutigen
Sitzung des Abgeordnetenhauses nahm der Ministerpräsident
das Wort und beachte die Note der Mittelmächte an Wilson
zur Befreiung, woran er die Erwartung knüpfte, daß das
Abgeordnetenhaus diese Kundgebung billigen und damit dar-
tun werde, daß auch die Volkserhebung mit diesem Schritt
der Regierung übereinstimme. Daran schloß der Präsident
des Abgeordnetenhauses, Dr. Groh, einen Aufruf an die Ab-
geordneten, die außenpolitischen Angelegenheiten den be-
reits bestehenden Körperschaften, den Delegationen, zu
überlassen und den Aufgaben des Hauses gerecht zu werden.

Einberufung des ungarischen Reichstages.

Wien, 8. Okt. (Privattelegramm.) Der ungarische
Reichstag ist für den 15. Oktober einberufen worden. Der
Ministerpräsident Dr. Wekerle wird in der ersten Sitzung
ein Bild der politischen Lage geben. Die Regierung beab-
sichtigt, vorläufig nur ein mehrmonatliches Budgetpro-
jektum vorlegen zu lassen. Im Übrigen aber die Weiterent-
wicklung der außenpolitischen Lage abzuwarten.

Englische Beurteilung der Friedens- vorschläge.

Eine Abweichung zwischen Note
und Kangerlebe.
WTB. London, 8. Okt. (Drahtnachricht.) Die Reiter-
schaft, welche in den unternirdischen Kreisen nach sorgfältiger
Prüfung der Rede des Kaisers und der Note an Wilson
folgende Kommentare gegeben:
Es könnte noch abzuwarten, ob der Druck der militärischen
Zeugnisse genügend groß gewesen ist, um die Masse des

deutschen Volkes zu überreden, denn die Partei des
Liberalismus zu ergreifen. Der Vergleich zwischen dem Texte
der Note an Wilson und der Rede des Prinzen Max von
Baden weist wichtige Abweichungen auf. Während die
deutsche Note die Volkshoffnung des Präsidenten Wilson an
den Kongress vom 8. Januar und seine späteren Erklärungen
als Grundlage für Friedensverhandlungen annimmt, sagte
der Kanzler, daß er sich auf den Boden des Mehrheits-
programms stellt, und wenn dieses Programm so ist, wie es
vom „Berliner Frageblatt“ mitgeteilt worden ist, so werden
die Abweichungen sofort deutlich. Angesichts dieser
Verschiedenheit ist die Frage berechtigt, auf dem Boden
welcher von diesen Erklärungen Deutschland wirklich steht,
die internationale Urkunde, die an Wilson gerichtet ist, aber
die an das deutsche Volk gerichtete Erklärung im Reichstage.
Die Note selbst läßt verschiedene Auslegungen zu und ist viel-
leicht absichtlich unbestimmt.

Eine verständigere französische Stimme.

Paris, 8. Okt. (Privattelegramm.) Im Gegensatz zu
den von Paris öffentlich verbreiteten Ausdrücken des
Hasses und der Rachsucht könnte „Doux“: Wenn wir auch
unsern Feindlichen Gewalt antun müssen, so müssen wir doch
begreifen, daß, wenn die Stunde der Abrechnung gekommen
ist, nicht mehr der Haß, sondern Gerechtigkeit Ratgeber sein
muß. Der beste Sieg darf nicht die Rache sein. Es handelt
sich weniger darum, Vergeltung zu nehmen, als die Schuld
einzusehen. Der beste Weg, zum Gelde zu kommen, ist nicht
der, den Gegner zu ruinieren.

Die Hoffnungen der Rumänen.

WTB. Bukarest, 7. Oktober. (Drahtnachricht.) Der Ver-
treter der Transsylvanier meldet: Die rumänische
Presse begrüßt mit warmer Sympathie die Einführung des
demokratischen Regimes in Deutschland, von dem sie eine An-
näherung beider feindlicher Militärgruppen und die Abschluß-
des von allen Völkern schließlich erwarteten Friedens erhofft.
Auch für Rumänien, welches durch seine geographische Lage
und seine wirtschaftlichen Interessen stets auf die Mittel-
lande wichtige Folgen in sich ziehen. Das Friedensangebot
des demokratischen Deutschlands wird die Aussicht auf den
Wahlfrieden eröffnen. Die Wähler betonen das rumänische
Volk sei voll freudiger Hoffnung für seine eigene Zukunft.
Einfach für die Grundlage der Gerechtigkeit zustande ge-
kommener Frieden wird auch Rumänien gestalten, seine
Wunden zu heilen und Freiheit und Demokratie, das ist auf
gesunder Grundlage, das infolge des Sturmes von äußeren
und schweren inneren Fehlern zusammengebrochene Staats-
gebiet wieder aufzubauen.

Gesamtsitzung des sächsischen Staatsministeriums.

Dresden, 8. Okt. (Privattelegramm.) Heute fand hier
eine Sitzung des Gesamtministeriums statt, die, wie ver-
lautet, sich mit den Folgerungen aus der politischen Lage im
Reich für Sachsen beschäftigte.
Willehelt kommt man auch für Sachsen zu einem all-
gemeinen, gleichen und direkten Wahlrecht.

Es wird gebremst.

WTB. Berlin, 8. Okt. (Drahtnachricht.) Verschiedene
Zeitungen glauben, aus dem Begrüßungstelegramm des
Reichslandtags an den polnischen Regierungsrat (siehe
zweite Seite), in welchem eine möglichst baldige Behebung der
nach bestehenden Verhältnissen in Aussicht gestellt wird,
benutzend zu sollen, daß die deutsche Besetzung in Polen
sich aufheben würde. Für eine derartige Auslegung
bietet der Wortlaut des Telegramms auch nicht den min-
desten Anhalt. Das Telegramm stellt lediglich in Aussicht,
daß man sich an unangenehm empfundene Einrichtungen der
Okkupationsverwaltung gemindert und Klagen abgehört
werden sollen.

Zurückweisung einer feindlichen Verleumdung.

WTB. Berlin, 8. Okt. (Drahtnachricht.) Amstsch.
Die Amsterdamer Meldung des „Journal de Rouelles“, wonach
die Deutschen Feuer in die Städte Roulers, Dourmont, Arbois
und Lichterweld gelegt hätten, entbehrt jeglicher Unterlage.

Die Stadt Douai unter englischem Feuer.

WTB. Berlin, 8. Okt. (Drahtnachricht.) Die Stadt
Douai brennt als Folge der unausgesetzten englischen Be-
schüsse. Die Tatsache, daß die Engländer Douai mit
Schwerem und schwerem Kaliber beschossen, wurde deutlicher
bereits seit Wochen gemeldet. Die Unterstellung, daß
die Deutschen eine von ihnen noch besetzte Stadt selbst an-
zündeten, ist zu unrichtig, um widerlegt zu werden.
(Letzte Depesche siehe auch Seite 4.)

Die Fürsorge für die Rückwanderer in Polen.

Von Karl Beutel, Posen.

Die Deutschen, die nach den verfallenen Teilungen
Polens durch die preussische Regierung dorthin geholt wurden,
haben — im Gegensatz zu den in früheren Jahrhunderten
eingewanderten, die im Volentium aufgezogenen sind — ihre
Deutschtum rein bewahrt. Weite Strecken polnischer Boden
sind von ihnen urbar gemacht und in Produktur gebracht
worden. Vor Kriegsausbruch waren im Bereiche des General-
gouvernements Warschau insgesamt 50 000 Familien mit
rund 250 000 Personen vorhanden, und zwar in 907 deutschen
Kolonien, vor allem in den westlichen Teilen des General-
gouvernements. Lange Zeit hindurch von den Russen freun-
dlich behandelt, wurden sie während der letzten Jahre vor dem
Kriege mißtraulich beobachtet. Gleich nach der Bombardierung
im August 1914 erließen auf Befehl des Kaisers die fast
allen deutschen Kolonisten Kolontomanobas, die zunächst
den Auftrag hatten, die Deutschen zu evakuieren. Er-
forderungslos wurden Greise, Frauen und Kinder mit wehr-
fähigen Männern zusammen verfrachtet. Nur verhältnismäßig
wenige hatten sich mit dem Blick in Wäldern verborgen oder
gegen Zahlung hoher Bestechungsgelder die Erlaubnis zum
Verbleiben auf ihrem Grund und Boden ermitteln können.
Als die einrückenden deutschen Armeen den abziehenden
Russen auf den Ferien waren, veränderten diese zum Teil
die deutschen Besetzungen in raubende Trümmerhaufen.
Neben dem Wiederaufbau der zerstörten polnischen
Dörfer hat sich die deutsche Verwaltung den Wiede-
raufbau dieser Kolonien angelegen sein lassen. Da
die polnischen Nachbarn sich vielfach, ohne weiter zu fragen,
in den Besitz der verlassenen Güter gesetzt hatten und als
Herrn darauf schickten, handelte es sich für die deutsche
Verwaltung zunächst darum, mit Hilfe der zurückgelassenen
Kolonisten den deutschen Besitz einigermaßen wieder herzu-
stellen. Es wurden allenfalls Auskünfte zur Wahrung
der Interessen ausgewählter Kolonien erteilt. Später
wurde die Einführung des deutschen Vorkriegs-
systems für vornehmlich befunden. Mit der Durchführung
dieser Pflegeschritte wurden der Reichs- und landwirtschaftliche
Sachverständige, ein evangelischer Pfarrer und ein oder
mehrere geeignete Persönlichkeiten aus den diesbezüglichen
Kreisen betraut. Zumeist wurden die unter Pflegschaft ge-
stellten Grundstücke zu einem guten Nutzungs an die Nach-
barn verpachtet, und zwar im Durchschnitt 10—20 pol-
nische Morgen. Die übrigen wurden in eigene Bewirt-
schaftung genommen. Die eingegangenen Pachtgelder wurden,
soweit sie nicht für die Inhabendhaltung der Grundstücke und
zum Wiederaufbau verwendet wurden, verzinssch angelegt,
wobei der Zins für die Zurückgekehrten finanziell unter die Arme
greifen zu können. Im ganzen sind über 5000 Hektar wieder
eingepflanzt worden. Als früher die Justizverwaltung wieder
in polnische Hände zurückgelegt wurde, hätten die Pflegschaften
auf und deutsche Beamte nahmen die Grundstücke,
was am zweckmäßigsten erschien, in Zwangsverwaltung
t. u. g. Als Unterverwalter wurden deutsche Kolonisten be-
stellt, die nach Friedensschluß wieder auftauchten, nachdem
sie sich verborgen gehalten hatten. Bei den von Zwangs-
verwalter in Pacht gegebenen Grundstücken wurden meist
polnische Bauern angenommen, wenn keine deutschen Ver-
wandten vorhanden waren. Als Nachtreue werden pro
Morgen durchschnittlich 20 Mark bezahlt; die Pachtpreise sind
angemessen wieder im Steigen begriffen.

Als nun nach dem Zerfall der Frieden die Rückkehr
der Ausgewiesenen — Rückwanderer — einsetzte, mußte eine
umfassende Fürsorge eingerichtet werden, zumal viele gar
nichts mehr besaßen. Die Wiederaufbau-Organisation
hatte dabei vor allem mit den in Polen üblichen
Hörsälen zu rechnen. Jeder neu eintreffende Rückwanderer
hat sich beim Unterverwalter seines Ortes zu melden, worauf
das Weitere durch den Zwangsverwalter eingeleitet wird.
In gleicher Weise sind auch die Ortskommandanturen den
Rückwanderern beistehend. Die fremden Wächter sind durch
den Pachtvertrag verpflichtet, sich mit dem Eigentümer zu
erlösen nach dessen Rückkehr auszuwandern zu sehen,
was auf schriftlichem Wege zu erfolgen hat. Irrendesche
Klagen oder Ansprüche richtet der Kolonist an den Zwangs-
verwalter. Erst wenn alle Differenzen beigelegt sind, wird
unter Aufsicht der Zwangsverwaltung dem Kolonisten
wieder die freie Verfügung über sein Eigentum zu-
gesprochen. Bedürftigen Rückwanderern wird auch eine ge-
bildete Unterstützung gewährt. Kargel wird pro Morgen
durchschnittlich 50 Mt. bewirgt, und zwar als Darlehen.
Auch Kühe und Pferde werden unter Umständen, soweit solche
verfügbar sind, zugewiesen, desgleichen Saatgut und Ackergerät.
Außerdem wird für den Wiederaufbau durch eine t. u. g. t.
die Lieferung der Materialien gesorgt. In Warschau und
Möbilen sind zwei Lager, aus denen alle außer Holz und
Ziegeln benötigten Materialien und Werkzeuge, sowie
Staubdraht in Empfang genommen werden können. Holz
und Ziegel werden in den einzelnen Bedarfsgemeinschaften

